
Presseinformation Nr. 1093

26. Oktober 2005

GOLDMANN: Mehrwertsteuererhöhung ist doppelte Belastung für Landwirte

BERLIN. Zu den negativen Auswirkungen einer Mehrwertsteuererhöhung für die Landwirtschaft erklärt der Agrarexperte der FDP-Bundestagsfraktion, Hans-Michael GOLDMANN:

Die FDP-Bundestagsfraktion ist gegen die von CDU/CSU und SPD im Rahmen der Koalitionsverhandlungen ins Auge gefasste Mehrwertsteuererhöhung auf 18 Prozent oder gar 20 Prozent. Mit dieser Steuererhöhung würden etwa 90 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe gleich doppelt belastet. Zunächst würden die landwirtschaftlichen Haushalte wie andere Privathaushalte durch die höhere Besteuerung von bestimmten Waren und Dienstleistungen getroffen.

Die höchsten Belastungen ergäben sich aber bei der so genannten pauschalen Umsatzsteuer. Von diesem unbürokratischen Verfahren machen rund 90 Prozent der Landwirte Gebrauch. Schon heute entspricht der pauschale Steuersatz in Höhe von 9 Prozent nicht der tatsächlichen Vorsteuerbelastung der Agrarbranche, die nach Expertenmeinung tatsächlich bei etwa 9,6 Prozent liegt. Pauschalierende Landwirte hätten dann beim Einkauf von Pflanzenschutz- und Düngemitteln, Maschinen und Tierarztrechnungen eine höhere Vorsteuerbelastung, die durch den heutigen pauschalen Satz nicht abgedeckt würde. Deshalb wären viele Landwirte gezwungen von der Pauschalierung in die Regelbesteuerung auszuweichen. Das wiederum würde eine höhere bürokratische Belastung für die Betriebe und einen höheren Verwaltungsaufwand für die Finanzämter bedeuten.

Steuererhöhungen sind gerade für die Landwirtschaft das falsche Signal. Denn: sieben Jahre Rot-Grün haben der Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Unternehmen schweren Schaden zugefügt.

Da die Kassen des Bundes ohnehin leer sind, ist die Erhöhung der Vorsteuerpauschale als Ausgleich der Belastungen kaum darstellbar.

Deshalb müssen CDU/CSU und SPD diese Doppelbelastung für die Landwirtschaft verhindern. Eine Mehrwertsteuererhöhung ist für die gesamte Agrarbranche genau das falsche Signal.

Verantwortlich:
ISABELLA PFAFF

Telefon
(030) 227-52388

Fax
(030) 227-56778

E-Mail
pressestelle@
fdp-bundestag.de